

Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

RUDOLF HRBEK

Die Arbeit der europäischen Parteiföderationen wurde 1987/88 sehr stark durch aktuelle Vorgänge innerhalb der Europäischen Gemeinschaft geprägt. Sie befaßten sich mit der Entwicklung der Gemeinschaft in der Perspektive der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) und des Delors-Pakets und versuchten dabei, eigene Schwerpunkte zu setzen. Es ist unverkennbar, daß die Impulse, die die EG und der Integrationsprozeß durch die EEA erfahren haben, auch auf die transnationale Parteienzusammenarbeit anregend gewirkt haben. Für die Aktivitäten der drei Parteibünde kennzeichnend war weiterhin, daß sie sich mit neuen Entwicklungen in der internationalen Politik auseinandergesetzt haben, allerdings reaktiv. Das bezieht sich sowohl auf Vorgänge in der UdSSR und die Einschätzung ihrer möglichen Wirkungen auf die Ost-West-Beziehungen, als auch auf Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Perspektiven der Sicherheit Europas. Schließlich ist ein nicht unwesentlicher Teil der Aktivitäten aller drei Organisationen auf die Vorbereitung der dritten Direktwahlen des Europäischen Parlaments 1989 gerichtet worden. Europäische Wahlen stellen stets einen wichtigen Test für die Qualität der drei Parteibünde als politisch homogene und zu gemeinsamer Aktivität fähige transnationale politische Akteure dar.

Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bundes stand der satzungsgemäß alle zwei Jahre stattfindende Kongreß vom 4.–5. Mai 1987 in Lissabon. Mit der Wahl des Konferenzorts wurde zum einen der Zugehörigkeit neuer Mitglieder zur Europäischen Gemeinschaft Rechnung getragen. Vor allem sollte aber die gemeinsame Forderung der Mitgliedsparteien nach mehr wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft – wie sie auch in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) als Ziel und Aufgabe formuliert ist – dadurch unterstützt werden.

Die wichtigste Personalentscheidung betraf das Amt des Vorsitzenden des Bundes; hier mußte ein Nachfolger für den Niederländer Joop den Uyl gefunden werden. Mit der auf dem Kongreß erfolgten Wahl des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Portugals, Vitor Constanciu, wurde ein Repräsentant der jüngeren Politikergeneration bestellt, der sich in seinem Land als Experte für Währungs- und Finanzfragen den Ruf eines effizienten Politikers erworben hatte. Gegenkandidat war der Vorsitzende der wallonischen Sozialistischen Partei, Guy Spitaels. Weitere Personalentscheidungen wurden satzungsgemäß auf nachfol-

genden Sitzungen des Büros des Bundes getroffen. Im Juni wurden die vier stellvertretenden Vorsitzenden gewählt: in ihrem Amt bestätigt wurden Elena Flores von der Sozialistischen Partei Spaniens und Gwyneth Dunwoody von der britischen Labour Party, neu gewählt wurden Pierre Guidoni von den französischen Sozialisten und Guy Spitaels. Im Oktober schließlich wurde der Luxemburger Raymond Becker zum neuen Schatzmeister berufen und der Italiener Mauro Giallombardo als Generalsekretär bestätigt.

Die auf dem Kongreß verabschiedete Resolution ist ein recht umfangreiches Dokument programmatischen Charakters. Vorbereitet wurde der Text von verschiedenen Arbeitsgruppen, in denen ein wesentlicher Teil der Aktivität des Bundes erfolgt. Die Resolution spiegelt ebenso wie frühere programmatische Äußerungen des Bundes die Schwierigkeiten der Mitgliedsparteien, in allen wichtigen Fragen zu übereinstimmenden Aussagen zu kommen. Da sind einmal überaus vage formulierte Passagen, in denen die große Bandbreite von Auffassungen der Mitgliedsparteien erkennbar wird. Da sind sodann Fußnoten mit ausdrücklichen Vorbehalten einzelner Parteien zu speziellen Aussagen.

Der Titel der Resolution – „Einheit in Europa für Frieden und Arbeit“ – verweist auf die Kernforderungen der im Bund vereinigten Parteien und ihre Überzeugungen, daß die EG bei der Realisierung dieser Ziele eine besondere Aufgabe und Verantwortung zu übernehmen hat. Die Resolution ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil geht es um „Arbeitsplätze für Europa“. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Aktivitäten sollen die Verwirklichung des Ziels fördern. Die Parteien des Bundes plädieren für eine Politik der wirtschaftlichen Expansion und sprechen sich für öffentliche Investitionsprogramme aus, insbesondere im Umweltbereich, im öffentlichen Bauwesen und im Kommunikationssektor; daneben wird die Anregung privater Investitionstätigkeit befürwortet. Dem Plädoyer für eine europäische Währungsintegration verweigerte die britische Labour Party ihre Zustimmung. Die Resolution unterstreicht den Nutzen des EWS und verlangt seine Stärkung. Auf dem Gebiet der Industriestrukturpolitik wird dem Staat eine aktive Rolle zugeschrieben, weil das freie Spiel der Marktkräfte nicht zu angemessenen Lösungen führen würde. Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas wiederherzustellen, sollten mehrere Maßnahmen ergriffen werden: die Vollendung des Binnenmarktes, ein Programm großer Investitionsprojekte, die Entwicklung einer europäischen Forschungspolitik, die Förderung der Kooperation europäischer Unternehmen, eine aktive Außenhandelspolitik. Um den Gefahren wachsender Ungleichheiten als Folge des Binnenmarktes zu begegnen, müssen flankierende soziale Maßnahmen und eine großangelegte Regionalpolitik der Gemeinschaft erfolgen. Umweltpolitische Forderungen nehmen relativ großen Raum ein, bleiben aber recht allgemein; so wird z. B. nur die Verringerung des Anteils der Kernenergie gefordert, was deutlich hinter weitergehenden Positionen beispielsweise der deutschen Sozialdemokratie zurückbleibt. Die Entschließung fordert Arbeitszeitverkürzung und nennt die 35-Stunden-Woche als erstes gemeinsames Ziel. Weiterhin sprechen sich die Mitgliedsparteien für die

Entwicklung des sozialen Dialogs, also die Schaffung von Arbeitsbeziehungen zwischen den Sozialpartnern aus.

Der zweite Teil der Resolution („Europa in der Welt“) ist den Außenbeziehungen der EG gewidmet. Hier wird eine aktivere Rolle der Gemeinschaft in der Friedens- und Sicherheitspolitik angemahnt und in diesem Zusammenhang für die Stärkung der EPZ plädiert. Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle werden in relativer Ausführlichkeit angesprochen: zugunsten vertrauensbildender Maßnahmen (Stockholmer Konferenz), für umfassenden Atomtest-Stop – hierzu legten die französischen Sozialisten Vorbehalte vor – und im Anschluß an die Vereinbarung der beiden Supermächte über Mittelstreckenraketen für weitere Schritte im Kurzstreckenbereich und auf konventionellem Gebiet. Dem Einsatz für Menschenrechte müßte seitens der EG in ihren Außenbeziehungen besonderes Augenmerk geschenkt werden. Die Annäherung zwischen Ost- und Westeuropa wird als wichtige Zukunftsaufgabe bezeichnet und eine konkrete Vereinbarung zwischen EG und RGW gefordert. Unüberhörbar bleibt hier das Insistieren auf der Wahrung von Menschenrechten bei der Fortsetzung des KSZE-Prozesses.

Der dritte Teil der EntschlieÙung listet Prioritäten für die Politik der EG auf, wie sie nach Verabschiedung der EEA für erforderlich angesehen werden. Dabei übernimmt der Bund im wesentlichen die Elemente des sog. Delors-Pakets. Neben der Vollendung des Binnenmarktes wird die Errichtung eines Sozialraums und die Herstellung wirklicher Kohäsion gefordert. Weiter die Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik, nämlich Kontrolle des Produktionsvolumens und Abbau von Quoten, Stilllegungsprogramme, die Einführung progressiver Produktionsabgaben und eine restriktive Preispolitik. Was den Haushalt der EG betrifft, werden die Kommissionsvorschläge zugunsten einer Obergrenze von 1,4% des BSP unterstützt. Die Verdoppelung der Strukturfonds wird im Sinne des Delors-Pakets sehr nachdrücklich befürwortet und der Ausbau des EWS – bei Vorbehalt der Labour-Vertreter – gefordert. Hinsichtlich der Demokratisierung der EG-Institutionen wird die für den Bund bekannte Frontstellung erneut sichtbar. Dänen und Briten äußern Vorbehalte gegen die Passage, in der für das Europäische Parlament eine politische Schlüsselstellung verlangt wird.

Besondere Bedeutung für die Arbeit des Bundes kam der Parteiführer-Konferenz am 23. Oktober 1987 in Paris zu. Mit dem Beschluß, solche Treffen künftig zweimal jährlich durchzuführen, wird die organisatorische und politische Struktur des Bundes um ein neues und wichtiges Element ergänzt, das die anderen Parteiföderationen bereits seit geraumer Zeit besitzen. Für 1988 wurden die beiden Konferenzen der Parteiführer im Juni nach Rom und im November nach Berlin einberufen. Zu den Parteiführern kommen die der EG-Kommission angehörenden Mitglieder sozialistischer Parteien hinzu: neben Delors die Kommissare Cheysson, Clinton Davis, Ripa di Meana und Marin. Die von den Parteiführern in Paris beschlossene Erklärung stimmt weitestgehend mit der Kongreß-Resolution überein.

Im Lauf des Jahres 1987 fanden insgesamt vier Büro-Sitzungen statt: am 13. Februar in Brüssel, am 3. Mai in Estoril (zur Vorbereitung des Kongresses), am 19. Juni in Straßburg und am 22. Oktober in Paris. Ein ständiger Beratungspunkt war wiederum der Bericht des Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Rudi Arndt, über die Fraktionsarbeit. Breiten Raum nehmen regelmäßig die Beratungen über die Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen ein. Auf der Sitzung in Paris wurde eine neue Kommission zur Vorbereitung des Wahlmanifests für die dritten Direktwahlen 1989 eingesetzt; ihr Vorsitzender ist der Spanier E. Baron. Weitere Beratungspunkte sind regelmäßig aktuelle politische Probleme sowie organisatorische Fragen des Bundes.

Von den Parteien, die dem Bund nicht als Mitglieder angehören, aber Beobachterstatus haben, beteiligt sich die Sozialistische Partei Österreichs besonders aktiv an den Arbeiten des Bundes durch Teilnahme am Kongreß und den Büro-sitzungen.

Die griechische PASOK, die ihr Interesse an regelmäßiger Mitarbeit bekundet hatte, aber noch nicht Mitglied geworden ist, wurde zum Kongreß nach Lissabon eingeladen. Im Zusammenhang mit den Bestrebungen der österreichischen Koalitionsregierung zum Erwerb der EG-Mitgliedschaft sind die Bemühungen der SPÖ zu sehen, Vollmitglied im Bund zu werden, noch bevor das Land der EG beigetreten ist. Die Behandlung der portugiesischen und spanischen Sozialisten vor Beitritt ihrer Länder zur EG könnte hier als Vorbild dienen. Während die schwedischen Sozialdemokraten häufig Zuhörer bei Bürositzungen sind, treten die Schweizer Sozialdemokraten fast nie in Erscheinung.

Auch wenn sich die Arbeit des Bundes verstetigt hat und mit den Parteiführerkonferenzen eine Vertiefung der Kooperation und mehr Kohäsion, dazu mehr Ausstrahlung nach außen, angestrebt werden, ist die sozialistische Fraktion im EP dennoch der aktivere und prägendere Teil transnationaler Zusammenarbeit der Parteien des demokratischen Sozialismus geblieben. Das erklärt, warum vielerorts Kritik an der Unzulänglichkeit des Bundes als transnationaler politischer Akteur geäußert wird. Vor diesem Hintergrund sind auch Überlegungen zu sehen, die Errichtung einer europäischen sozialistischen Partei anzustreben; bereits vor Gründung des Bundes gab es solche Tendenzen – etwa im Umfeld des Niederländers A. Mozer –, die jedoch keinen Niederschlag fanden. Auch heute ist wenig wahrscheinlich, daß die nationalen Parteien einer solchen „Super“-Organisation zustimmen könnten. So dürfte der Gedanke einer wirklichen Euro-Partei bis auf weiteres Vision bleiben, könnte aber mittelfristig organisatorische Reformen des Bundes anregen und möglich machen. Beispielsweise wäre vorstellbar, die Kongreßdelegierten durch Wahl in den nationalen Parteigremien bestimmen zu lassen. Tendenzen, die auf eine Stärkung des Bundes als transnationale politische Kraft gerichtet sind, stoßen bei Briten und Dänen auf Skepsis und Ablehnung. So wird es bei der gegenwärtigen Struktur bleiben. Die Verabschiedung des Wahlmanifests wird ein wichtiger Test für den Grad an politischer Geschlossenheit des Bundes sein und damit Prognosen über seine weitere Entwicklung er-

lauben. Dazu gehört nicht zuletzt die auch 1987 wieder intern diskutierte Frage des Verhältnisses zu kommunistischen Parteien, insbesondere zur KPI, im größeren Zusammenhang von Überlegungen über die Zukunft der Linken in Europa.

Europäische Liberale Demokraten und Reformer (ELDR)

Auch die ELDR hielten ihren Jahreskongreß vom 1. bis 3. April 1987 in Lissabon ab. Das Motto „Solidarität und Kohäsion“ erscheint für liberale Parteien eher ungewöhnlich, drückt jedoch ihre Überzeugung aus, daß die jetzt auf 12 Mitgliedstaaten erweiterte Gemeinschaft die Überwindung der regionalen Unterschiede und den Abbau der strukturellen Heterogenität als vorrangige Aufgabe in Angriff nehmen muß, nicht zuletzt mit Blick auf die für 1992 vorgesehene Vollendung des Binnenmarktes. Hier legen die Liberalen großen Wert auf die Vermeidung des Begriffs „Markt“: sie sprechen vom viel ehrgeizigeren Ziel eines „Wirtschaftsraums ohne innere Grenzen“.

Die Kongreß-Resolution ist in vier Abschnitte gegliedert, die verschiedenen Aspekten von Solidarität und Kohäsion gewidmet sind. Erstens geht es um rechtliche und finanzielle Kohäsion. Der Charakter der EG als Rechtsgemeinschaft wird unterstrichen und hinsichtlich des zweiten Aspekts werden die Vorschläge des Delors-Pakets unterstützt: die Haushaltsmittel müssen vermehrt und nach veränderten Prioritäten verwendet werden; innergemeinschaftliche Umverteilung wird als unverzichtbar angesehen. Zum Thema strukturelle Kohäsion und regionale Entwicklung werden flankierende Maßnahmen verlangt: die Aufstockung der Fonds und die Konzentration in der Mittelverwendung zur Infrastrukturverbesserung der weniger entwickelten Regionen. Kleinen und mittleren Unternehmen müsse hierbei besonderes Augenmerk geschenkt werden. Regionale Behörden müßten verstärkt in Entscheidungen der regionalen Entwicklung eingeschaltet werden. Die Stärkung des EWS wird in diesem Zusammenhang als besonders wichtige Bedingung für ausgewogenere Entwicklung bezeichnet.

Zur Frage der sozialen und gesellschaftlichen Kohäsion sprechen sich die ELDR gegen zu detaillierte Harmonisierungen aus und plädieren stattdessen für mehr Koordinierung und die gegenseitige Anerkennung von Regeln und Normen; jede Überregulierung sei zu vermeiden. In diesem Abschnitt werden die Gewährung des Wahlrechts an Angehörige anderer EG-Staaten, die Annäherung der Systeme sozialer Sicherheit, besondere Aufmerksamkeit für die Belange von Randgruppen bzw. spezieller Bevölkerungsgruppen (Frauen, Jugendliche) und moderne Arbeitsschutzbestimmungen gefordert. Reformen der Arbeitszeit müßten mehr Flexibilisierung bringen und bei der Mitwirkung von Arbeitnehmern in Unternehmen sollten gemeinsame Standards angestrebt werden. Schließlich wird im Schlußteil Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt und eine stärkere Rolle Europas bei der Lösung der Nord-Süd-Probleme gefordert.

Der Kongreß wurde überschattet vom Sturz des (liberalen) Ministerpräsidenten Cavaco Silva und seiner Minderheitsregierung. An Personalentscheidungen stand die Wahl des Präsidenten an: die bisherige Amtsinhaberin Colette Flesch

wurde in ihrem Amt bestätigt. Außerdem wurden die sechs Mitglieder des Exekutivkomitees, die nicht von den Mitgliedsparteien entsandt, sondern vom Kongreß aus der Mitte der Delegierten bestellt werden, neu gewählt: Wim van Eekelen (niederländ. VVD), Sir Russell Johnston (britische Liberal Party), Ottavio Lavaggi (italienische PRI), Anne-Marie Neyts (belgische PVV), Béatrice Ragoni-Machiavelli (italienische PLI) und Jutta Rothacker (F.D.P.).

Die für November 1987 geplante Gipfelkonferenz der Parteiführer wurde wegen der Regierungskrise in Belgien abgesagt. Für die Profilierung der ELDR als transnationale Parteiorganisation war dies von Nachteil. Das Exekutivkomitee tagte dreimal in Brüssel, anlässlich des Kongresses in Lissabon und im Dezember 1987 in Paris. Hier wurden wie üblich die laufenden Geschäfte erledigt und die Arbeiten der verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert.

Im Sommer 1987 wurde vom Exekutivkomitee eine Arbeitsgruppe „Verteidigung“ eingerichtet. Darin spiegelt sich die Bedeutung, die Fragen der militärischen Sicherheit von ELDR-Mitgliedsparteien zugeschrieben wird. Im einzelnen geht es um die Zukunft der WEU und ihre Koordinierung mit der NATO. Nicht alle Mitgliedsparteien beteiligen sich an der Arbeit; die Neutralität Irlands wurde ausdrücklich anerkannt. In der Arbeitsgruppe „Landwirtschaft“ wurde versucht, einen gemeinsamen Standpunkt zur Reform der GAP zu formulieren. Da sich nicht alle Mitgliedsparteien an der Arbeit beteiligt hatten, wurde das Beratungsergebnis nicht zur ELDR-Position. Die angespannte Finanzsituation zeigt sich in der Entscheidung, die Wahlkampf-Kommission nicht einzuberufen, sondern den Programm-Ausschuß als permanente Arbeitsgruppe weiter arbeiten zu lassen. Auch die förmliche Konstituierung einer Arbeitsgruppe „Kultur“ blieb offen.

Der Programm-Ausschuß konnte seine Arbeit beenden und Anfang 1988 dem Exekutivkomitee zur Billigung vorlegen. Das elf Kapitel umfassende Dokument stellt für die Mitgliedsparteien eine politische Vorgabe dar, die diese bei ihren Vorbereitungen für die dritte Direktwahl des EP 1989 zu beachten haben werden. So sehr die frühe Fertigstellung des Programms für die Effizienz der Kommissionsarbeit spricht, so sehr haben manche Passagen wiederum deutlich Kompromißcharakter. Das gilt für Aussagen zur künftigen Agrarpolitik ebenso wie für Ausführungen zur Wirtschaftspolitik, in denen unterschiedliche nationale Präferenzen von Mitgliedsparteien zum Tragen kommen. In weiten Teilen entspricht der Text der Kongreß-Resolution. Im einzelnen wird ein „Europa für freie Bürger“ gefordert; sie müßten die Realität Europa selbst erfahren können. Die Entwicklung der EG sei auf die Europäische Union auszurichten; dabei müßten die Institutionen mehr als bisher nach demokratischen Grundsätzen gestaltet werden; insbesondere gelte dies für das EP. Der Binnenmarkt, dessen Vollendung unterstützt wird, dürfe nicht Uniformität bedeuten und müsse freien Wettbewerb gewährleisten. Das Programm fordert „geteilten Wohlstand“ und „soziale Gerechtigkeit“ und greift damit die Forderungen der Kongreß-Resolution nach Solidarität und Kohäsion auf. Das EWS müsse gestärkt und eine unab-

hängige europäische Zentralbank eingerichtet werden. Den Herausforderungen in der Technologie- und Umweltpolitik müsse durch verstärkte Gemeinschaftsaktivitäten begegnet werden. Europas Rolle in der Weltpolitik sei zu stärken, der Einsatz für Frieden und Sicherheit zu intensivieren. Auch wenn viele Aussagen eher allgemein bleiben, handelt es sich doch insgesamt um eine wichtige politische Orientierung für die Mitgliedsparteien.

Was die Mitglieder der ELDR angeht, so wurden die „Progressive Democrats“ aus Irland Mitglied. Interesse an künftiger Mitgliedschaft hat die spanische CDS des früheren Ministerpräsidenten Suarez bekundet; allerdings ist hier der innerparteiliche Klärungsprozeß noch nicht abgeschlossen, so daß zunächst wohl nur ein Beobachterstatus in Frage kommen kann. Mit der Gründung der Social Liberal Party in Großbritannien, in der die Liberal Party weitestgehend aufgegangen ist, stellt sich die Frage, ob diese neue Partei die internationalen Bindungen der britischen Liberalen übernehmen wird. Die faktische Mitarbeit einzelner Politiker in ELDR-Gremien und Arbeitsgruppen spricht deutlich für eine solche Entwicklung.

Das Verhältnis zur liberalen Fraktion des EP ist eng und gut; die Fraktionsvorsitzende, Simone Veil, beteiligt sich überaus aktiv an den Arbeiten der ELDR. Das Verhältnis zu nationalen Mitgliedsparteien ist demgegenüber unterschiedlich intensiv. So wurde auf dem Kongreß ein zu geringes Interesse der F.D.P. an der transnationalen Parteienzusammenarbeit beklagt und den Kongreßdelegierten der französischen PR wurde gar die Ausübung des Stimmrechts untersagt, weil die Partei ihren Beitragsverpflichtungen nicht nachgekommen war – zweifellos ein Novum in der transnationalen Parteienzusammenarbeit.

Die Europäische Volkspartei (EVP) und die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)

Das historisch begründete Nebeneinander von EVP und EUCD führte trotz organisatorischer Verklammerungen und gemeinsamer politischer Aktivitäten – z. B. in Kommissionen, Arbeitsgruppen und Kolloquien – zu Reibungsverlusten, so daß die bereits 1986 begonnenen Bemühungen um eine Fusion und Integration der beiden Organisationen auch 1987 fortgesetzt wurden. Die grundsätzliche Zustimmung beider wurde zwar herbeigeführt, aber bis zum Jahresende war die Fusion noch nicht vollzogen. Die Frage, wie ein Verlust an Supranationalität – der für die EVP in Ansätzen erreicht ist – verhindert werden kann, konnte bei den Arbeiten an einem neuen Statut noch nicht befriedigend gelöst werden.

Der Stärkung der politischen Gemeinsamkeit der Christlichen Demokraten dienten 1987 zwei Kolloquien, die im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Arbeitsgruppe „Geistige Grundlagen christlich-demokratischer Politik“ durchgeführt wurden: im April ging es in Wien um „Föderalismus als Element christlich-demokratischen Denkens“ und im September wurde in Paris über „Soziale Marktwirtschaft“ debattiert und dabei nach typischen Gemeinsamkeiten im wirtschaftspolitischen Denken und Handeln der Mitgliedsparteien gesucht.

Neben diesen Versuchen zur Standortbestimmung haben sich die Mitgliedsparteien auch bei ihrer Beschäftigung mit aktuellen Problemen um ein klares Profil als transnationale politische Kraft bemüht. Das erfolgte einmal in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen: es gab Treffen der Kommissionen „Internationale Politik“, „Sicherheit und Verteidigung“, „Rechtspolitik“ und „Wirtschafts- und Sozialpolitik“, der Arbeitsgruppe „Europäische Union“ und der Kontaktgruppe „Lateinamerika“. Der Umstand, daß die Beteiligung von Vertretern nationaler Parteien selbstkritisch als unzureichend angesehen wird, verweist auf die Grundhaltung der Mitgliedsparteien gegenüber EVP und EUCD: ihr Zögern, politische Leitlinien zu akzeptieren und in der eigenen Parteiarbeit zu befolgen und umzusetzen.

Der Gewinnung der Grundlagen für ein gemeinsames Profil dient sodann die Arbeit der Politischen Büros von EVP und EUCD. Diese Leitungsgremien traten 1987 insgesamt siebenmal zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen jeweils aktuelle Fragen, vor allem der EG und ihrer Entwicklung, sowie der Außen- und Sicherheitspolitik, denen traditionell starke Beachtung geschenkt wird. Auf der Sitzung des Politischen Büros der EVP am 31. März wurde dessen Präsidium neu bestellt. Als neuer Präsident wurde der Luxemburger Jacques Santer gewählt. Die sechs Vizepräsidenten sind der Franzose Pierre Mehaignerie, der Niederländer Norbert Schmelzer, der Deutsche Gerold Tandler, der Grieche Ioannis Varvitsotis, der Italiener Giovanni Prandini und der Ire Alan Dukes. Die Belgierin Rika de Backer-van Ocken wurde in ihrem Amt als Schatzmeisterin bestätigt.

Das am 30. Mai 1987 in Berlin abgehaltene Gipfeltreffen christlich-demokratischer Regierungschefs und Parteivorsitzender sowie Mitglieder der EG-Kommission und Außenminister war wiederum primär dazu bestimmt, nach außen zu wirken und die Gemeinsamkeit christlich-demokratischer Parteien zu demonstrieren. Nicht zuletzt soll mit dieser Veranstaltung die europäische Ausrichtung und Motivation der Mitgliedsparteien selbst unterstützt und verstärkt werden.

Eine größere Wirksamkeit der Arbeiten von EVP und EUCD stößt permanent an finanzielle Grenzen. Das ist der Hintergrund für Vorschläge, die Beiträge der Abgeordneten des EP sowie der Mitgliedsparteien zu erhöhen – die Steigerungsrate sollte 25% betragen, wurde aber schließlich auf 15% festgelegt – und individuelle Mitgliedschaft zu ermöglichen. Auch das Vorhaben von mehrjährigen Finanzplänen dient der Stärkung der organisatorischen Effizienz.

Inhaltlich konzentrierte sich die Arbeit auf mehrere Themenkreise. Das Bekenntnis zum Ziel der Europäischen Union – verstanden als politische Einheit – wurde mehrfach wiederholt. In diesem Zusammenhang wurden die Realisierung des in der EEA angelegten Programms und die Umsetzung des Delors-Pakets gefordert. Zu einer Europäischen Union muß nach Auffassung der EVP/EUCD die Sicherheitspolitik gehören. Ihr galten Beratungen in der entsprechenden Kommission, im Politischen Büro und auf der Gipfelkonferenz. Dabei wurde die Abkopplung Westeuropas von den USA als Gefahr bezeichnet und immer wie-

der auf den Bündniszusammenhalt als Grundlage europäischer Sicherheit verwiesen. Für Abrüstung und Rüstungskontrolle müßten Gesamtkonzepte erarbeitet werden. In einer durchgreifenden Reform der WEU wird eine Möglichkeit gesehen, europäische Belange wirksamer zur Geltung zu bringen. Fragen der Ost-West-Beziehungen und der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa wurden auf dem Hintergrund der jüngsten Vorgänge in der UdSSR beraten; die Mitgliedsparteien sehen Möglichkeiten größerer Spielräume für die kleineren osteuropäischen Staaten und stellen sich auf eine Aktivierung der Beziehungen ein.

Klare Aussagen wurden zur Frage der Beziehungen der EG zu Nicht-EG-Staaten und in diesem Zusammenhang zur Frage nochmaliger EG-Erweiterungen gemacht. Oberster Maßstab müßte für die EG-Staaten das Ziel der politischen Union der Gemeinschaft bleiben; während die Beziehungen zu Norwegen, Österreich und Malta zur Mitgliedschaft führen könnten, wurde bezüglich Marokko und vor allem im Fall der Türkei ablehnend reagiert. Jeder voreilige Beitritt – bevor nämlich die Europäische Union als funktionierendes politisches System föderativen und demokratischen Charakters entstanden ist – sei als Schwächung der Gemeinschaft abzulehnen. Weiterhin wird mit Nachdruck kultureller Konsens als unentbehrliche Grundlage für den Integrationsprozeß bezeichnet; die EG als Kulturgemeinschaft könne nicht beliebig ausgeweitet werden.

Den Beziehungen zu anderen Weltregionen wurde auch 1987 viel Aufmerksamkeit gewidmet. Neben Lateinamerika als einem traditionellen Schwerpunkt christlich-demokratischer Außenbeziehungen, wurde 1987 Afrika neu ins Blickfeld genommen. Die Verlagerung des Generalsekretariats der Christlich Demokratischen Internationale (CDI) aus Rom nach Brüssel – es ist jetzt im gleichen Gebäude untergebracht wie das Generalsekretariat von EVP/EUCD – wird die Kooperation wesentlich erleichtern.

Zur Vorbereitung der dritten Direktwahl des EP wurden zwei Kommissionen eingesetzt: eine Programm-Kommission unter dem Vorsitz des Deutschen Lutz Stavenhagen und eine Wahlkampf-Kommission. Ziel ist die Überarbeitung und Aktualisierung des Aktionsprogramms der EVP von 1984. Zu den seither neu auf die Tagesordnung der EG gekommenen Themen – wie etwa Umsetzung der EEA und Realisierung des Binnenmarktes, Umwelt- und Technologiepolitik, Sicherheitspolitik, soziale Harmonisierung in der EG, Rolle der Regionen im Integrationsprozeß – sollen Aussagen gemacht werden. Wie üblich müssen sich die Mitgliedsparteien zu den Texten äußern, bevor der für November 1988 in Luxemburg geplante EVP-Kongreß endgültig beschließt. Neben dem ausführlicheren Aktionsprogramm soll ein kurzes Wahlmanifest formuliert werden, mit Blick auf die Aktualität erst in der zweiten Jahreshälfte 1988. Darin sollen die Bürger ihre eigenen Anliegen wiederfinden und so zur Stimmabgabe motiviert werden. Was die Kampagne und ihre Planung betrifft, so geht es primär um die Gewährleistung einer angemessenen hohen Wahlbeteiligung. Die EVP selbst will nur koordinieren und insbesondere einen Redneraustausch organisieren, der dem Wahlkampf einen transnationalen Charakter geben würde.

Weiterführende Literatur

Daalder, Hans u. Peter Mair (Hrsg.): *Western European Party System. Continuity and Change*. London 1983.

Kirchner, Emil (Hrsg.): *Liberal Parties in Western Europe*. Cambridge 1988.

Niedermayer, Oskar: Die Entwicklung der euro-

päischen Parteienbünde, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3 (1984), S. 359–367.

Reif, Karlheinz u. Oskar Niedermayer: *The European Parliament and the political parties*, in: *Revue d'Intégration Européenne* 2/3 (1987), S. 157–172.